

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.132.384

Wien, am 10. April 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Nemeth, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. Februar 2026 unter der Nr. **4876/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Errichtung einer EU-Armee im Wege der Ukraine“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

1. *Wie werden Sie sich im Europäischen Rat zu den Vorschlägen Manfred Webers positionieren?*
2. *Arbeiten Sie darauf hin, dass Österreich Teil der „willigen Staaten“ im Sinne Webers sein soll?*
 - a. *Wenn ja, wie wäre das mit der Neutralität Österreichs vereinbar?*

Zunächst darf angemerkt werden, dass die der gegenständlichen Anfrage zugrundeliegenden Debattenbeiträge des EVP-Vorsitzenden Manfred Weber nicht Gegenstand der Diskussionen zu Sicherheit und Verteidigung im Rahmen des Europäischen Rates sind. Daher ist dazu auch keine Positionierung meinerseits als Vertreter Österreichs in diesem Gremium erforderlich.

Zur grundsätzlichen Frage einer Teilnahme an einer „Koalition der Willigen Staaten“, wie sie beispielsweise im Zusammenhang mit der Unterstützung der Ukraine in ihrer Verteidigung gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands existiert, darf ich anmerken, dass ich in voller Übereinstimmung mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Rat jede Initiative unterstütze, die dazu beiträgt, den brutalen russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu beenden und der Ukraine einen gerechten und dauerhaften Frieden zu ermöglichen, der auf dem Völkerrecht fußt und sowohl die Sicherheit der Ukraine als auch unsere garantiert.

Vor diesem Hintergrund beteiligt sich Österreich als Beobachter an der seit März 2025 in unterschiedlichen Formaten (auf Ebene der Staats- und Regierungschefinnen- und -chefs, Ministerinnen und Minister, Arbeitsebene militärisch/politisch) tagenden Koalition der Willigen für die Unterstützung der Ukraine. Mögliche zukünftige Beitragsleistungen Österreichs in diesem Kontext werden selbstverständlich nur unter strenger Beachtung der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten erfolgen. Primär setzen sie ein Ende der Kampfhandlungen sowie eine entsprechende internationale Mandatierung voraus.

Zu Frage 3:

3. *Wie ist Ihre Position zum Einstimmigkeitsprinzip generell?*
 - a. *Hat es im Ministerrat dazu Beratungen gegeben?*
 - i. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*

Dazu darf ich festhalten, dass Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit die Stärke, Glaubwürdigkeit und Legitimität einstimmiger Entscheidungen nicht ersetzen können, insbesondere im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Wenn um den Beitrittsprozess geht, bin ich als Freund pragmatischer Lösungen durchaus offen für Vereinfachungen wie die qualifizierte Mehrheit bei technischen Schritten wie beispielsweise der Eröffnung eines Verhandlungsclusters. Entscheidende Fragen, wie der tatsächliche Abschluss von Verhandlungskapiteln sowie der Beitritt selbst, müssen jedoch weiterhin einstimmig beschlossen werden.

Zu den Fragen 4 und 7:

4. *Wie ist Ihre Position zur Schaffung eines „EU-Präsidenten“?*
 - a. *Hat es im Ministerrat dazu Beratungen gegeben?*
 - i. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*

7. *Haben Sie in Aussicht genommen, eine Regierungsvorlage, die „verbindliche Volksbefragungen“ zum Inhalt hat, auf den Weg zu bringen, zumal Volksbefragungen nach derzeitiger Rechtslage unverbindlich sind?*
- a. *Wenn ja, wann?*

Diese Fragen stellen keinen Gegenstand meiner Vollziehung dar.

Zu Frage 5:

5. *Gibt es zwischen der Klausur der EVP in Zagreb und Ihrer Ankündigung, eine Volksabstimmung zur Dauer der Wehrpflicht abhalten zu wollen, einen inhaltlichen Zusammenhang?*
- a. *Wenn ja, welchen?*

Nein.

Zu Frage 6:

6. *Können Sie ausschließen, dass die Ressource einer verlängerten Wehrpflicht letztlich einer EU-Armee zugutekommt?*
- a. *Wenn ja, wie wollen Sie das sicherstellen?*
- b. *Sehen Sie diesbezüglich einen legislatischen Handlungsbedarf?*

Es gibt keine „EU-Armee“.

Dr. Christian Stocker

